



Bern, 4. April 2017

Medienkonferenz der Gewerkschaften SEV, Unia und syndicom

«Uber ist organisierte Kriminalität»

Redetext von Daniel Mürger, Sektorleiter Post und Logistik, syndicom

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Medienschaffende, meine Damen und Herren

Die Gewerkschaft syndicom ist in der Logistik sehr stark verankert. Bei uns sind die Angestellten von PostAuto, aber auch Angestellte privater Logistikunternehmen, die Bereiche Kurier- Express und Paketdienstleistungen organisiert. Das System Uber ist nicht einfach nur eine Gefahr für die Taxibranche. Wenn Uber sich durchsetzt, dann sind die Arbeitsbedingungen in der gesamten Logistikbranche in Gefahr. Das betrifft sowohl den Personen- als auch den Warentransport.

Wertschöpfungskette zersplittert

Was Uber nämlich macht, gibt einer illegalen Praxis weiteren Schub. Bereits jetzt ist in der Branche ein unglaublicher Wildwuchs feststellbar. Logistikfirmen lagern die Fahrtätigkeit an Kleinstbetriebe aus, welche wiederum den Preisdruck via schlechten Arbeitsbedingungen und tiefen Löhnen an die Angestellten weitergeben.

Diese Zersplitterung der Wertschöpfungskette macht es enorm schwierig, die Gesetze und sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen um- und durchzusetzen. Die Konsolidierer, also jene die gegenüber dem Kunden als Auftragnehmer auftreten, wären zu einer Durchsetzung der Arbeitsbedingungen verpflichtet. Sie tun dies - wenn überhaupt - nur halbherzig.

Verantwortungskette atomisiert

Was Uber jetzt versucht, ist die Verantwortungskette weiter aufzubrechen, ja regelrecht zu atomisieren. Die Profite werden vom Vermittler abgeschöpft und gleichzeitig wird das unternehmerische Risiko vollständig auf die Fahrerinnen und Fahrer abgewälzt. Diese wiederum arbeiten zu einem Lohn von dem sich nicht leben lässt, teilweise sogar in Schwarzarbeit. Uber bezahlt keine Steuern, benutzt aber sämtliche zur Verfügung stehende Infrastruktur. Uber ist nichts Anderes als organisierte Kriminalität.

syndicom ist im Speziellen auch die Gewerkschaft der Pöstlerinnen und Pöstler. Wir pflegen eine jahrzehntelange Sozialpartnerschaft mit der Post und eine einvernehmliche GAV-Politik. Die Kooperation von PostAuto mit Uber ist eine Kampfansage, die wir nicht unbeantwortet lassen werden.

GAV wird unterwandert

Es ist unverständlich, wie die Post den Schweizer Markt der Konkurrenz auf dem Silbertablett serviert. Denn die Post gefährdet mit dieser Kooperation nicht nur ihren eigenen Betrieb, sie umgeht damit auch die im GAV ausgehandelten Arbeitsbedingungen. Mit Scheinselbständigen sollen die ausgebildeten PostautofahrerInnen konkurrenziert werden.

Was sich PostAuto und die SBB zurzeit leisten, ist unerhört. Der Bundesrat hat in der Beantwortung einer Interpellation von Edith Graf-Litscher klar festgehalten, dass er von den bundesnahen Betrieben erwartet, dass sie nur mit Betrieben zusammenarbeiten, die sich an die Gesetze halten. Die SUVA hat ebenso klar festgehalten, dass Uber gegen unsere Gesetze verstösst. Und wie nimmt die Sprecherin von PostAuto Schweiz gegenüber der SDA dazu Stellung? Der Fahrdienst sei legal und eine Kündigung der Zusammenarbeit deshalb kein Thema.¹ Wie ignorant darf ein Bundesbetrieb eigentlich sein?

Noch nicht zu spät – Jetzt stoppen!

Der Logistiksektor ist ohnehin schon ein Tieflohnbereich. Wenn dieses Beispiel aber Schule macht, dann sind zehntausende von Arbeitnehmenden in ihrer Existenzgrundlage bedroht. Die Einkommen würden einsacken. Die Kosten dafür, würde wiederum die Allgemeinheit via Sozialhilfe und später mit Ergänzungsleistungen tragen. Die Schweizer Bevölkerung und damit die Politik sollten deshalb höchstes Interesse daran haben, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Denn noch ist es nicht zu spät – aber bald schon könnte es zu spät sein.

Dass dies kein reines Schreckensszenario ist, zeigt das Beispiel Flixbus. Mit einem ähnlichen Modell wird hier Scheinselbständigen das unternehmerische Risiko aufgebürdet. Das zeigt: Nicht Uber ist das Problem, sondern das System das dahintersteckt. Via internationale Konstrukte, welche die Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden systematisch verweigern, sollen die Löhne in der Schweiz gedrückt werden. Das ist ein Angriff auf das sozialpartnerschaftliche Modell der Schweiz. Ein sofortiger und genauso systematischer Eingriff der Sozialpartner und der Behörden ist deshalb dringend notwendig.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



¹ SDA, Gewerkschaften kritisieren Zusammenarbeit mit Uber, 14. März 2017.